

ESTELLE BUNOUT

Vertrauensbildende Gespräche als Werkzeug der Sicherheit? Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik als Gesprächskanal zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland (1955–1990)

Zusammenfassung

Die Sicherheitsvorstellungen in der Bundesrepublik standen im Kalten Krieg im engen Zusammenhang mit den Vorstellungen der sowjetischen Sicherheitspolitik. Die sowjetische Sicht von europäischen Sicherheitsfragen, darunter die »deutsche Frage«, wurde in der Bundesrepublik Deutschland allerdings durch die schwierigen Kommunikationsmöglichkeiten, aber auch wegen des Mangels an Vertrauen gegenüber den sowjetischen Quellen verzerrt. Angesichts des vorherrschenden Misstrauens, das die Lösung der deutschen Frage in den Augen mancher westdeutscher Akteure der außenpolitischen Diskussion behinderte, kam es zu Bemühungen, das Verhältnis von Vorurteilen zu befreien. Durch »neutrale« wissenschaftliche Analysen und spätere direkte Kontakte mit sowjetischen Experten wollte man ermöglichen, glaubwürdige Kenntnisse über die Sicherheitskultur der Sowjetunion zu gewinnen.

Diese Entwicklung lässt sich anhand der Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit ihrer Studiengruppe »Ost« und der bilateralen Gespräche mit dem Moskauer Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (Институт мировой экономики и международных отношений, ИМЭМО) gut nachvollziehen, besonders weil sich dort die Träger der verschiedenen Einstellungen der westdeutschen Gesellschaft gegenüber der Sowjetunion außerhalb der Öffentlichkeit austauschen konnten. Zudem zeigen die Unterredungen, die an Empathie orientiert waren, das Streben nach Vertrauensaufbau.

Резюме

Переговоры по укреплению доверия как инструмент безопасности – Германское общество по изучению внешней политики как канал переговоров между СССР и Западной Германией (1955-1990 гг.)

В ФРГ представления о безопасности в эпоху »холодной войны« тесно координировались с теми представлениями, которые определяли советскую политику безопасности. Однако в Федеративной Республике Германия советский подход к вопросам европейской безопасности, и в том числе к »немецкому вопросу«, воспринимался искаженно из-за сложностей с коммуникацией, а также и из-за дефицита доверия к советским источникам. По мнению некоторых западногерманских участников внешнеполитической дискуссии, решению »немецкого вопроса« препятствовало господствующее недоверие к СССР. В связи с этим были предприняты попытки освободиться от предрассудков. Посредством »нейтрального« научного анализа, а позднее и прямых контактов с советскими экспертами планировалось получить достоверную информацию о культуре безопасности, распространенной в Советском Союзе.

Эту тенденцию наглядно иллюстрирует работа Германского общества по изучению внешней политики (DGAP) и его исследовательской группы »Ost«, а также двусторонние встречи с представителями московского Института мировой экономики и международных отношений: в рамках этих встреч западногерманские ученые, придерживавшиеся разных взглядов на Советский Союз, могли общаться в закрытом режиме. Эти беседы, проходившие в атмосфере взаимной заинтересованности и открытости, демонстрируют стремление к укреплению доверия.

Die Frage der Sicherheit war ein zentrales Thema für die Bundesrepublik im Kalten Krieg, besonders weil sich die Bundesrepublik in einer schwierigen Lage befand. In erster Linie fühlten sich die Westdeutschen durch den »Ostblock« bedroht. Gleichzeitig waren sie abhängig von den westlichen Besatzungsmächten und später Alliierten, die ihre Sicherheit garantierten. Damit konnte sich die Bundesrepublik nicht auf die klassischen Werkzeuge der Außenpolitik stützen, um das Hauptziel der Überwindung der deutschen Teilung zu erreichen, sondern sie strebte nach der Garantie ihres Fortbestands durch die Westbindung. Dies wurde durch die Integration in die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und insbesondere in die NATO erreicht.¹

In diesen Zusammenhang hat die lange und zum Teil intensive Diskussion um die Erneuerung der Ostpolitik die deutsche Gesellschaft tiefgehend verändert. Zwischen »deutschem Revisionismus« und »sowjetischem Expansionsdrang« war die Akzeptanz der Oder-Neiße Grenze durch die Mehrheit der Gesellschaft das Ergebnis schwieriger Diskussionen². Der erste Schritt dieser offiziellen Akzeptanz fand vor vierzig Jahren mit der Ratifizierung der »Ostverträge« statt.³

Durch die vom Kalten Krieg begrenzten Kontaktmöglichkeiten mit dem »Ostblock« und die daraus entstehende Verzerrung der Bedrohungsvorstellungen gewann die Thematik des Vertrauens an Wichtigkeit in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Einerseits ging es darum, das Vertrauen der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg aufzubauen und zu bewahren. Andererseits sollten im Rahmen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition ab 1969 »vertrauensbildende Maßnahmen«⁴ eingeleitet werden, die durch den direkten Kontakt

¹ Siehe u.a. Zitelmann, Rainer (Hg.): Westbindung: Chancen und Risiken für Deutschland. Berlin 1993.

² Die Literatur zur neuen Ostpolitik ist sehr reich. Hier möchte ich ein paar Angaben zur Wandlung innerhalb der CDU angeben, die in den letzten Jahren mehr Interesse auf sich gezogen hat. Siehe u.a. von Dannenberg, Julia: The foundations of Ostpolitik. The making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR. Oxford 2008; Grau, Andreas: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969 – 1973, Düsseldorf 2005; Creuzberger, Stefan: Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin 2009; Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag. München 1989.

³ Die ersten Verträge der BRD wurden mit der Sowjetunion und Polen 1970 unterschrieben und 1972 ratifiziert, der letzte mit der Tschechoslowakei 1973.

⁴ Dieser Begriff bezeichnet in erster Stelle die Maßnahmen, die im Rahmen der Rüstungskontrolle zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion getroffen wurden zur gegenseitigen Kontrolle, aber auch den Aufbau von Vertrauen durch Zusammenarbeit. Sie war das Pendant der Entspannungspolitik, die aus den Vereinigten Staaten kam und u. a. Egon Bahr in die deut-

mit dem »Ostblock« das gegenseitige Misstrauen abbauen und damit neue Wege zur Sicherung der Lage beschreiten sollten, um somit langfristig die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen.

Im Folgenden wird dieses Themenfeld behandelt, um zu verstehen, wie dieser Prozess des Vertrauensaufbaus erzeugt wurde und welche Ressourcen dafür in der Beziehung der Bundesrepublik mit der Sowjetunion benutzt werden konnten. Anhand der Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wird im Folgenden untersucht, welche Bemühungen innerhalb der Bundesrepublik geleistet wurden, um einen direkten Austausch über Sicherheitsfragen zu erreichen.

Diese private Gesellschaft, die sich seit ihrer Gründung 1955 intensiv in der außenpolitischen Diskussion engagiert hatte, schuf durch Studiengruppen und bilaterale westdeutsch-sowjetische Symposien eine langjährige überparteiliche Basis für die Diskussion zur Ostpolitik, in der umstrittene Fragen offen diskutiert werden konnten. Wie im Folgenden gezeigt wird, trafen weit auseinanderliegende Bedrohungsvorstellungen aufeinander, sowohl in der innerwestdeutschen Diskussion als auch zwischen den westdeutschen und den sowjetischen Gesprächspartnern. Aber die relative Offenheit solcher Sicherheitsgespräche hat dank eines gründlichen Informationsaustauschs zwischen Politikern und Experten zur Entmystifizierung beigetragen und bewirkte somit ein besseres Verständnis der Sicherheitsbedürfnisse der Teilnehmer zum Aufbau einer Vertrauensbeziehung durch transnationale und innergesellschaftliche Begegnungen.

In diesem Beitrag soll also nach den internen Ressourcen einer Gesellschaft zum Aufbau von Beziehungen mit der empfundenen »Bedrohung« gefragt werden, und es ist darzulegen, wie sie die Sicherheitsvorstellungen zu verändern versuchten. Zunächst ist zu zeigen, was unter den Vertrauensaufbau zwischen den Gegnern der politischen Bühne als Ressource der westdeutschen Ostpolitik verstanden werden kann, bevor die Tätigkeit der DGAP in diesen Bereich nachgezeichnet und erklärt wird.

Die Vertrauensbildung wird hier im Sinne einer Strategie der Minderung der Unsicherheit durch das Verständnis der Entscheidungen des »Anderen« verstanden. Im Kalten Krieg – einem Kontext der Konfrontation – war das »mangelnde[n] gegenseitige[n] Vertrauen eine der entscheidenden Ursachen für die mannigfachen Konfliktstoffe zwischen Ost und West«, so Hans-Adolf Jacobsen⁵, der sich lange mit dem militärischen Aspekt des Zweiten Weltkriegs befasst hat und als erster westdeutscher Professor in den siebziger Jahren einen Studierendenaustausch mit der Sowjetunion organisierte⁶. Er kam aufgrund dieser Erfahrung zu dem Schluss, dass regelmäßige und breite Interaktionen

schen Verhältnisse übernommen hat, mit dem Schlagwort »Wandel durch Annäherung« http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/tutzinger_rede.pdf.

⁵ Jacobsen, Hans Adolf: Vom Imperativ des Friedens. Beiträge zur Politik und Kriegführung im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 1995, S. 320.

⁶ Jacobsen wurde 1925 geboren, war Offizier im Zweiten Weltkrieg und danach in Kriegsgefangenschaft, wo er russisch lernte. Danach Studium der Geschichtswissenschaft und Slawistik, Tätigkeit als Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, bevor er an die Universität Bonn

zwischen den Gesellschaften ein wichtiges Element zum Abbau der Bedrohungsbilder sind. Ohne Empathie würden dieser Kontakt allerdings nicht den erwünschten Effekt haben. Empathisch zu sein bedeutet nicht unbedingt, dass man die Sicht des »Anderen« übernimmt, sondern dass man versucht, ihn zu verstehen.⁷

Um die Frage der Spezifität des Vertrauensaufbaus nach Innen und gen Osten als Bestandteil der westdeutschen Sicherheitspolitik und somit Element der Sicherheitskultur zu diskutieren, werden zunächst die Gründung und Ziele der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) vorgestellt, um anschließend die Diskussionen über und dann mit der Sowjetunion darzustellen. Diese Unterredungen fanden zunächst im Rahmen der Sicherheitsgespräche im Zeitalter der Entspannung und Abrüstungsdebatte (1956–1965) statt. Sie wurden anschließend in einer Studiengruppe zur Ostpolitik ab 1965 und bilateralen Symposien mit dem Moskauer IMEMO (Институт мировой экономики и международных отношений – Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen) ab 1971 organisiert.

Diese Arbeit basiert auf Dokumenten aus den Archiven der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Gesprächen mit ehemaligen Mitarbeitern der DGAP und Teilnehmern der Studiengruppe »Ost«⁸ sowie deutschen Teilnehmern der deutsch-sowjetischen Symposien. Damit werden Prozesse der Vertrauensbildung innerhalb der westdeutschen politischen Sphäre untersucht.

1. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik als Forum zur Diskussion der Sicherheitsfragen (1955–1962)

Im Handbuch zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, »Das Amt und die Vergangenheit«⁹, wird die DGAP als eine der externen Organisationen dargestellt, die an der Westintegration der Bundesrepublik beteiligt waren. Tatsächlich wurde die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik durch verschiedene Initiativen der Wirtschaft und von Publizisten ermöglicht, die sich das Ziel gesetzt hatten, an der Einbindung der deutschen Gesellschaft in Fragen der Außenpolitik mitzuwirken. Aus der Wirtschaft kam Unterstützung vom Bund der Deutschen Industrie (BDI), getragen von Günter Henle (1899–1979), einem ehemaligen Diplomaten (u. a. in London 1931–1936), der 1937 zur Industrie gewechselt war und sich für die europäische Integration engagierte. Der BDI versuchte auf verschiedenen Ebenen die Gestaltung der »Montanunion« zu beeinflussen. Um die Mitwirkung der

wechselte. Er veröffentlichte zwischen 1961 und 1965 das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (1940–1945) sowie verschiedene Dokumentationen zum Zweiten Weltkrieg.

⁷ Hochmann, Jacques: *Une histoire de l'empathie*. Paris 2012.

⁸ Das Archiv der DGAP ist dem Bundesarchiv übergeben worden; hier wird die vorläufige Abgabeliste des Bundesarchivs benutzt, also die laufenden Nummern der Ordner.

⁹ Conze, Eckart; Norbert, Frei; Peter, Hayes; Zimmermann Moshe: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München 2010, S. 634.

Schwerindustrie in dieser Neugestaltung der Branche besser vertreten zu können, war vorab eine Organisation der außenpolitischen Diskussion in diesen Zirkeln nötig. Gleichzeitig bemühten sich Wilhelm Cornides¹⁰ und Theodor Steltzer¹¹ (beide in der Leitung des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft)¹², eine Institution zu gründen, in der die außenpolitischen Herausforderungen parteiübergreifend diskutiert werden konnten,¹³ um die Idee der »Westbindung« in der Gesellschaft der Bundesrepublik zu verankern. Cornides hatte in der Zwischenkriegszeit Erfahrungen im britischen Chatham House¹⁴ in der internationalen Politikberatung gewonnen¹⁵ und wollte nun diese Methode in Deutschland anwenden. Nach verschiedenen Versuchen¹⁶ traf die Initiative auf das Interesse des Bundes der Deutschen Industrie.

Cornides und Steltzer verfügten über gute Verbindungen zu den britischen und amerikanischen Besatzungsmächten. Sie hatten auch durch die Tätigkeit des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft Beziehungen mit westlichen Beratungsinstitutionen aufgebaut. Dieses Netzwerk nutzten sie, um das zögernde, neu gegründete Auswärtige Amt zu überzeugen¹⁷. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wurde frühzeitig durch die Teilnahme von Gerhard Lütken einbezogen, der ab 1947 außenpolitischer Referent der SPD war und als ehemaliger Diplomat Erfahrung in London gesammelt hatte.¹⁸

Damit wurde die Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik maßgeblich von Männern getragen, deren Glaubwürdigkeit darauf gründete, dass sie politische Erfahrungen im Westen gesammelt hatten und die Westbindung sichern wollten. So wurde das Gesprächsmodell des Chatham House übernommen, und die Unterredungen über die Sicherheit wurden vorrangig mit westlichen

¹⁰ 1920–1966, Österreicher, wurde mit seinem Bericht über den Transport von Juden im Lager von Belzec bekannt, den er als Unteroffizier der Wehrmacht beobachtete und der 1959 veröffentlicht wurde. Insbesondere gehörte er zur Nachkriegsbewegung, die eine europäische Integration fördern wollte, in seiner Vorstellung eine Gesamteuropäische Integration; zitiert von Eisermann, Daniel: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972. München 1999.

¹¹ 1885–1967, Soldat im Ersten Weltkrieg, danach Beamter der Weimarer Republik bis 1933, wegen Kritik an das NS Regime eine kurze Zeit verhaftet. Im Zweiten Weltkrieg erneut Soldat, Mitarbeit am Kreisauer Kreis. Nach dem Krieg Tätigkeit in der britischen Militärregierung Mitglied der CDU.

¹² Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 42.

¹³ Ebenda, S. 62–66.

¹⁴ »Royal Institute of International Affairs« genannt, die als unabhängige Organisation nach dem 1. Weltkrieg in Großbritannien informelle und vertrauliche transatlantische Diskussionen zwischen Politikern verschiedener Parteien organisierte.

¹⁵ Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 63.

¹⁶ U. a. das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft; siehe ebenda.

¹⁷ Die ersten Gespräche fanden 1953 mit Hallstein statt.

¹⁸ Er lebte von 1893 bis 1955, war Diplomat in der Weimarer Republik u. a. in den Vereinigten Staaten; im Zweiten Weltkrieg emigrierte er nach London. Vgl. Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 65.

Partnern geführt¹⁹. Das Grundziel dieser Gespräche war es, ein besseres Verständnis der Herausforderungen der Außenpolitik dank einer offenen und gut informierten Diskussion zu verbreiten und damit einen Konsens über die Grundlagen der Außenpolitik zu erreichen – in verschiedenen Sphären des politischen Lebens, sowohl in den Parteien als in der Zivilgesellschaft. Mit anderen Worten, versuchten sie dieses Verhaltensmuster des internationalen Dialogs zu verbreiten. Sie wiesen dem Konsensaufbau – d. h. den Bemühungen um die Akzeptanz der anderen Seite, einen hohen Wert zu und trugen damit zu der Erneuerung der Sicherheitskultur der Bundesrepublik bei.

Schnell wurde ein Forschungsausschuss ins Leben gerufen, um die Beratungsarbeit der DGAP wissenschaftlich zu steuern und die Ausrichtung der Tätigkeit festzulegen²⁰. In der ersten Sitzung am 8. Juli 1955 legte der Forschungsausschuss drei Schwerpunkte fest, die lange die Arbeitsteilung innerhalb der DGAP prägen sollten: die Politik der Koexistenz (oder die Ost-West-Beziehungen), die Wiedervereinigungsfrage Deutschlands und schließlich die Sicherheitsfragen unter rechtlichen und militärischen Aspekten.²¹ Der Forschungsausschuss bestand aus Mitgliedern des Präsidiums der DGAP (u. a. Marion Gräfin Dönhoff²²), aus den Mitarbeitern des Forschungsinstituts der DGAP und aus führenden Akademikern (so Prof. Dr. Hans Rothfels²³ und Prof. Dr. Werner Markert²⁴).

Schon in dieser ersten Sitzung entbrannte eine Auseinandersetzung über zwei maßgebliche Grundeinstellungen zur Sicherheitsfrage, die in den folgenden Jahren die Diskussionen innerhalb der DGAP prägten. In diesem Konflikt standen auf der einen Seite diejenigen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands unabhängig von den Sicherheitsvorstellungen der Nachbarn verteidigten, und auf der anderen Seite jene, die als Grundlage für die Wiedervereinigungspolitik die Gründe der Teilung Deutschlands berücksichtigen wollten. Die Professoren Rothfels und Markert kritisierten die Studie zur Wiedervereini-

¹⁹ Zu den Vorträgen wurden nur Persönlichkeiten aus dem »Westen« eingeladen, und bilaterale Gespräche fanden in den ersten Jahren der Tätigkeit der DGAP ausschließlich mit westlichen Institutionen statt.

²⁰ Genauer; das Forschungsinstitut der DGAP, im Rahmen der Prioritäten des Präsidiums der DGAP. Das Forschungsinstitut kann man als Kern der Tätigkeit der DGAP betrachten, da es die Veröffentlichungen des Europa-Archivs auch mitgestaltete und verantwortlich war für die Organisation der Vorträge und Seminare der DGAP.

²¹ DGAP – Ordner 8, Niederschrift der Ergebnisse der 1. Sitzung des Forschungsausschusses am 8. Juli 1955 in Frankfurt am Main.

²² 1909–2002, nach der Flucht aus ihrer Heimat Ostpreußen in Folge des Zweiten Weltkrieges, Tätigkeit als Publizistin, hauptsächlich in die ZEIT, wo sie 1952 die Leiterin des Politik-Ressorts wurde.

²³ 1891–1976, 1924 Professor an der Universität Königsberg bis zu seiner Vertreibung 1934 aufgrund seiner jüdischen Herkunft, Emigration nach London im Krieg, danach Tätigkeit an der Universität Tübingen.

²⁴ 1905–1965, nach einem Aufenthalt in Moskau Hauslehrer, Tätigkeit an der Universität Leipzig in den 1930er Jahren, Schriftleitung der Zeitschrift »Osteuropa« 1934–39, nach dem Krieg, Tätigkeit an den Universitäten Göttingen, Tübingen und in der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. Vgl. Kleindienst, Thekla : Die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, Band: 22, XII, Marburg 2009.

gung im Zusammenhang mit der Koexistenz-Politik, da diese die Deutsche Demokratische Republik (DDR) zu stark an den »Ostblock« band. Dagegen warnte Cornides vor einer unrealistischen Position der (West-)Deutschen, die im Ausland falsch verstanden werden konnte und die Möglichkeit der Wiedervereinigung von vornherein verstellte. An diesem Beispiel wird die Leitidee der DGAP deutlich: das Zusammenbringen von verschiedenen (außen-)politischen Einstellungen, um eine grundlegende Überzeugungsarbeit zu leisten, und ihre Bemühung, diese Einstellung innerhalb der westlichen Sicherheitsvorstellungen zu verankern.

Mit der Festigung der Blöcke,²⁵ dem Rüstungswettlauf und den ersten Abrüstungsvorschlägen durch den Rapacki-Plan (1957) beschloss der Forschungsausschuss 1961, eine Studiengruppe zu gründen, die sich den Fragen der Auswirkungen dieser Ereignisse auf die Sicherheitslage der Bundesrepublik widmen sollte.²⁶ Der Studiengruppe zur Rüstungskontrolle, Rüstungsbeschränkung und internationalen Sicherheit oblag es, den deutschen Beitrag zur europäischen Sicherheit zu formulieren.²⁷ Umgesetzt wurde dies u. a. durch eine kritische Diskussion zwischen Sicherheitsexperten und Politikern. Zur Unterstützung dieser Studiengruppe sollte ein »provokativer« Fragenkatalog²⁸ vorbereitet werden. In den ersten Monaten wurde der Diskussionskreis um amerikanische und französische Experten erweitert, wie eine Sitzung in Paris mit französischen Sicherheitsexperten am 15. März 1962 zur sowjetischen Europapolitik zeigt. Die DGAP trug gewissermaßen zur »Entmilitarisierung« des Sicherheitsdiskurses in der Bundesrepublik bei, indem sie Politiker ermunterte, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, insbesondere in den Reihen der SPD, um dort Verständnis für die Rüstungsfragen aufzubauen.²⁹

Hier wird nochmals deutlich, dass die Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik in dieser Zeit das Ergebnis des Kalten Krieges waren und damit von der sowjetischen Außenpolitik unmittelbar bestimmt wurden. In diesen Zusammenhang sollen die Quellen der Diskussion dargestellt werden, um die Spezifität hervorzuheben: die Analyse der sowjetischen Außenpolitik nach der Stalin-Note von 1952, die auch im Kontext der von Adenauer geführten Politik der Stärke gesehen werden muss, war von einem Misstrauen gegenüber dem sowjetischen Vorschlägen geprägt. In diesem Bereich stützte sich die DGAP auf verschiedene Quellen, die in der Bundesrepublik zu Verfügung standen. Diese werden wir im Folgenden näher betrachten.

²⁵ Durch die Gründung der NATO (1949) im Westen, der Westeuropäischen Integration (1948) und des COMECON (1949) und des Warschauer Paktes (1955) im Osten.

²⁶ DGAP – Ordner 328, Niederschrift der Sitzung des Forschungsausschusses am 28.2.1961.

²⁷ DGAP – Ordner 161, Niederschrift über die Vorbesprechung zur Gründung einer Studiengruppe »Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle« der DGAP am 2.11.1961, Bonn.

²⁸ DGAP – Ordner 161, Niederschrift über die Vorbesprechung zur Gründung einer Studiengruppe »Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle« der DGAP am 2.11.1961, Bonn.

²⁹ Zu den Gründern dieser Studiengruppe zählten außer Cornides, Helmut Schmidt, Ernst von Weizsäcker und Fritz Erler; siehe Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion.

2. Gespräche über die Sowjetunion in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: der schwierige Zugang zu sowjetischen Quellen (1955–1965)

In der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem *Europa-Archiv*, wurden Beiträge osteuropäischer Verfasser zu Sicherheitsfragen publiziert. In der Sowjetunion wurde 1964 von W. Sokolowskij³⁰ ein Aufsatz zur Revision der sowjetischen Strategie³¹ veröffentlicht, der als Diskussionsvorlage für die Studiengruppe zu Sicherheitsfragen aus dem Russischen für die DGAP übersetzt wurde. Gleichzeitig haben deutsche Ostexperten Beiträge zur sowjetischen politischen Kultur und zu Geschichtsvorstellungen veröffentlicht;³² doch dominierte naturgemäß die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik.³³ Im Jahr 1962 wurde zudem ein Zeitschriftenaustausch mit der Sowjetunion und Polen eingeführt.³⁴ Obwohl sich die DGAP nicht direkt mit dem Ostblock beschäftigte, pflegte sie in den ersten Jahren durch persönliche Verflechtungen Beziehungen mit der Ostforschung. Diese war noch stark von der Vorkriegszeit geprägt und betrachtete³⁵ die Geschichte Osteuropas hauptsächlich durch das Prisma der deutschen kulturellen Gestaltung, nach der die slawischen Völkern nur dank der Berührung mit der deutschen Kultur ihre eigene Zivilisation entwickeln konnten, sei es

³⁰ Sokolowskij, W.: Die Kriegskunst in der neuen Phase, *Europa-Archiv*, 24/1964, S. 921–928. Diese Veröffentlichung ist die Übersetzung eines Artikels, der in der sowjetische Militärzeitschrift »Krasnaja Zvezda« am 25. August 1964 veröffentlicht wurde. Wassili Danilowitsch Sokolowskij (1897–1968) formulierte die Erneuerung der sowjetischen Sicherheitsdoktrin 1960.

³¹ Zur Diskussion in der Sowjetunion über die Formulierung der Sicherheitsdoktrine siehe Romer, Jean-Christophe: La guerre nucléaire de Staline à Khrouchtchev: essai sur la constitution d'une culture stratégique en URSS 1945–1965. Paris 1993.

³² Froese, L.: Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Sowjetpädagogik, *Europa-Archiv*, 9/1956, S. 8825–883; Achminow, H.: Die Presse in Sowjetrußland, *Europa-Archiv*, 1/1948, S. 1119–1123; Rauch, G. von: Der Föderalismus als Element der russischen Geschichte, *Europa-Archiv*, 13–14/1951, S. 4186–4192; Becker, G.: Musik in Rußland, *Europa-Archiv*, 9/1946, S. 153–158; Höttsch, O.: Porträts russischer Historiker, *Europa-Archiv*, 11/1948, S. 1681–1690.

³³ Gasteyger, C.: Die Sowjetunion und Deutschland vor der Genfer Gipfelkonferenz, *Europa-Archiv*, 9/1960, S. 288–293, Kordt, E.: Außenpolitische Aspekte und Probleme des 21. Parteikongresses der KPdSU, *Europa-Archiv*, 17/1959, S. 555–568, Loeber, D. A.: Die Ereignisse in Ungarn und die sowjetische Definition der Aggression, *Europa-Archiv*, 22–23/1956, S. 9355–9359, Bödigher, W.: Der Verlauf der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der DDR, *Europa-Archiv*, 17/1955, S. 8259–8262, Meissner, B.: Zur innerpolitischen Nachkriegsentwicklung der SU, *Europa-Archiv*, 4–5/1951, S. 3735–3736 und 13–14/1951, S. 4151–4185.

³⁴ Die ersten Kontaktaufnahmen mit dem IMEMO fanden 1961 statt, gingen jedoch nicht weiter als bis zu diesem Publikationsaustausch.

³⁵ Eduard Mühle definiert die Ostforschung als »einen besonderen deutschen Zugang zur Geschichte des europäischen Ostens, der sich sowohl durch äußere Strukturen (eigene Fachinstitute, Lehrstühle, Zeitschriften und Fachverbände) als auch spezifische inhaltliche Merkmale (vor allem eine auf den deutschen Anteil der Geschichte des europäischen Ostens fixiertes Erkenntnisinteresse) als eine distinkte »disziplinäre Kultur«, als ein erkennbar eigenständiges »Paradigma« erweist«. Zitiert nach Unger, Corinna: Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975, Stuttgart 2007.

in der Landwirtschaft, im Städtebau oder in der Kunst.³⁶ Diese Verflechtung wurde einerseits im Forschungsausschuss durch Professor Markert verkörpert, der vom Koordinationsausschuss der Ostinstitute beauftragt war, »die Ostfragen in der [DGAP] zur Geltung zu bringen«.³⁷ Cornides nahm seinerseits an verschiedenen Gremien teil, u. a. an dem vom Auswärtigen Amt eingerichteten Arbeitskreis für Ost-West Fragen, der ab 1958 »Ostexperten« aus der Wissenschaft zusammenführte.³⁸ Dazu nahm das Forschungsinstitut der DGAP regelmäßig eine Bestandaufnahme der Ostforschung in der Bundesrepublik vor.³⁹

Tatsächlich führte die DGAP zu dieser Zeit keine »Ostforschung« durch, sondern es wurden vorrangig zwei Wissenschaftler beauftragt, die sowjetische Politik für die Diskussionen in der DGAP vorzubereiten: Boris Meissner⁴⁰ und Curt Gasteyger.⁴¹ Professor Meissner erstellte mit Begutachtung⁴² durch Professor Markert eine Dokumentation über die Sowjetunion, die im

³⁶ Diese Grundeinstellung wurde u. a. von der deutschen Ostforschung unterstützt und als Legitimation für den »Generalplan Ost« des »Dritten Reiches« benutzt. Siehe Michael Burleigh: *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002; Czesław Madajczyk (Hrsg.): *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. Dokumente*, München 1994; Mechthild Rössler, Sabine Schleiermacher (Hrsg.): *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993.

³⁷ DGAP – Ordner 8, Niederschrift der Ergebnisse der 1. Sitzung des Forschungsausschusses am 8. Juli 1955 in Frankfurt am Main.

³⁸ DGAP – Ordner 621, Bericht über die ersten Tagung des Arbeitskreises für Ost-West Fragen am 12. und 13. Juli 1958 im Auswärtigen Amt, von Theodor Schiller, 18/07/1958. In der Öffnungsrede erklärte der Vertreter des AA, das Bedürfnis einer solcher Gruppe mit den »zunehmenden Kontakten« mit dem Ostblock, die zwar den gegenseitigen Einfluss ermöglichten, aber dementsprechend auch richtig gesteuert sein sollten. Dafür sollten die Ostforscher u.a. ihre Kenntnisse der östlichen Ideologie im Zusammenhang mit den Schwächen des Westens einbringen, um eine effiziente Antwort vorbereiten zu können und sie »den Männern«, die an der »Front der geistigen Auseinandersetzung« standen, zur Verfügung stellen.

³⁹ DGAP – Ordner 453–455, Korrespondenzen mit verschiedenen akademischen und außerakademischen Ostforschungseinrichtungen. Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde sendete zum Beispiel einen Bericht zur Osteuropaforschung in der Bundesrepublik bis 1953, in DGAP – Ordner 453.

⁴⁰ 1915–2003, in Russland geboren; Studium in Tartu, Estland, und nach der Umsiedlung (1940) in Posen, Soldat im Zweiten Weltkrieg, nach dem Krieg Tätigkeit an der Universität Hamburg und 1953–1959 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes – Leiter des Referats Sowjetunion, Erster Botschaftssekretär an der Deutschen Botschaft in Moskau, Leiter der Strukturreferate der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes. Danach 1959–1964 Professur für Ostrecht, Politik und Soziologie Osteuropas, Direktor des Seminars für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas der Universität Kiel, 1964–1985 Professur für Ostrecht, Direktor des Instituts für Ostrecht der Universität Köln. Boris Meissner galt als zentrale Figur der Beratung in Ostfragen und war in vielen Gremien der beratenden Ostforschung vertreten: im Arbeitskreis für Ost-West-Fragen beim Auswärtigen Amt (ab 1958, Vorsitzender 1972–82), Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung Köln (1959–1982), Mitglied des Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (1961–1971); Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (1959–1973) und Präsident des Göttinger Arbeitskreises e. V. (1965–2000).

⁴¹ 1929 geboren, Schweizer Wissenschaftler, ab 1964 Direktor des Instituts für Sicherheitsstudien in London.

⁴² DGAP – Ordner 22, Briefwechsel zwischen Prof. Dr. Bergstrasser und Dr. Meissner, Dez. 1958.

Europa-Archiv, im Jahrbuch oder noch als Bände von der DGAP veröffentlicht wurde.

Curt Gasteyger konnte als Schweizer im »Ostblock« einfacher reisen und verfasste Berichte, die er unter anderem für DGAP-Seminare beim BDI⁴³, hauptsächlich aber für die Studiengruppe zur Sicherheit⁴⁴ als Diskussionsmaterial vorbereitete. Curt Gasteyger war der russischen Sprache nicht mächtig und stützte seine Analysen offenbar auf die amerikanischen »Ostpolitiker«,⁴⁵ so dass die Diskussion zudem auf indirekten Quellen gründete.

Mit der Entspannung, der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Blöcken, der wachsenden Kritik an der Hallstein-Doktrin (Alleinvertretungsanspruch) und den Impulsen aus der Westberliner Verwaltung (Passierschein-Regelung) ergaben sich hinsichtlich der Sicherheitskonzeptionen der Sowjetunion, insbesondere in der Deutschen Frage, neue Verhandlungsmöglichkeiten. Da der Ausgangspunkt der Beschäftigung mit der UdSSR zunächst ohne direkte Gespräche mit Experten aus der Sowjetunion und nur begrenzt durch direkte Unterredungen über die UdSSR stattfand, beschloss Cornides eine weitere Studiengruppe zu gründen, die sich auf dieses komplexe Thema konzentrieren sollte.

3. Die neue Ostpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Versuch eines Beitrages zum Aufbau eines überparteilichen Konsenses durch die Studiengruppe »Ost« (1965–1970)

Die Beteiligung sogenannten »Ostforscher« an den Siedlungsplänen des »Dritten Reiches« in Osteuropa und die starke antikommunistische Ausrichtung der »Sowjetologen«, die sich zum Teil im Kalten Krieg an den USA orientierten und die Arbeit der beratenden Institutionen prägten, erbrachte keine zufriedenstellenden Antworten für eine praktische Erneuerung der Ostpolitik.⁴⁶ Diesen Mangel an glaubwürdiger wissenschaftliche Unterstützung stellte Egon Bahr⁴⁷ fest, als er 1966 die Leitung des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes übernahm. Ulrich Scheuner, Professor an der Universität Bonn, warnte im

⁴³ DGAP – Ordner 10, Anlage zu Punkt III der Tagesordnung für die Sitzung des Forschungsausschusses am 29. Nov. 1958.

⁴⁴ DGAP – Ordner 163, Die Sowjetunion und Europa. Zu den jüngsten Entwicklungen im kommunistischen Block und ihre Auswirkungen auf die sowjetische Europapolitik, Bericht von Curt Gasteyger für die Sitzung der Studiengruppe »Sicherheit« am 8.5.1964.

⁴⁵ DGAP – Ordner 164, Die Sowjetunion, Deutschland und Europa. Allgemeine Grundzüge der Entwicklung, 29.1.1965, Arbeitspapier von Curt Gasteyger, in der Studiengruppe »Sicherheit« am 12.2.1965 diskutiert. Hauptthema dieser Sitzung: »Der Zusammenhang von sowjetischer Sicherheits- und Europapolitik«.

⁴⁶ Die Kritik an diesen »Ostforscher« machte sich auch in der Bundesrepublik stärker breit; so wurden manche aufgrund der NS-Vergangenheit aus den ersten Listen der DGAP gestrichen. Das gilt jedoch nicht für alle Wissenschaftler, die mit der DGAP zusammenarbeiteten.

⁴⁷ Bahr (1920) sollte später die neue Ostpolitik W. Brandts gestalten und durchführen. Gespräch mit der Verfasserin am 06. April 2011.

Wissenschaftlichen Direktorium der DGAP vor der Tendenz, »die Studiengruppe überwiegend in die Hand der Sowjetologen zu geben. Das würde [...] alle bisher unternommenen und gescheiterten Experimente wiederholen.«⁴⁸ Hierin wird das Misstrauen innerhalb der DGAP gegenüber den Quellen zur sowjetischen Außenpolitik deutlich. Auch zeugt die Aussage von einem Bedürfnis der Anpassung dieses Bereiches der Sicherheitsdiskussion an die neue Diskussionskultur der Bundesrepublik.

Für die Gründung der »Studiengruppe für die deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Ländern des Ostens« (kurz Studiengruppe »Ost«, SGO) wurde zunächst ein Überblick über die Gesprächskreise der Bundesrepublik, die sich mit Osteuropa beschäftigten, verschafft. Wilhelm Cornides setzte sich mit verschiedenen Institutionen der Ostforschung in Verbindung, um sich über ihre gegenwärtige Tätigkeit zu informieren. Mit Hilfe von Wilhelm Kewenig erstellte er anschließend durch Gespräche einen systematischen Überblick über die Forschungsthemen und die Forscher der Bundesrepublik, um die Relevanz einer solchen Studiengruppe zu ermitteln und eventuelle Mitglieder aus der Forschung zu versammeln.⁴⁹ Wie sich herausstellte, bestand eine solche Studiengruppe an den Universitäten ebenso wenig wie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen,⁵⁰ sodass die Einrichtung der Studiengruppe vom Auswärtigen Amt begrüßt wurde.⁵¹ Auf der Grundlage dieser Untersuchung wählte W. Cornides mit Genehmigung des Forschungsausschusses führende Forscher, u. a. Richard Löwenthal als Politologe und Befürworter der Entspannung, aus. Boris Meissner wurde ebenfalls als Experte in diese Gruppe eingeladen. Sie sollten die Diskussion durch ihre umfassenden Kenntnisse der Ostfragen nachhaltig prägen.⁵² Hier wird nochmals das Bemühen von Cornides deutlich, verschiedene Meinungen zum Austausch zu bringen.

Die nächste Herausforderung war die Besetzung der Studiengruppe mit politischen Akteuren. Kurt Birrenbach,⁵³ langjähriges Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, wurde als Vorsitzender der Studiengruppe

⁴⁸ Zitiert in DGAP – Ordner 482, W. Kewenig, Ergebnisse der Besprechungen zur Vorbereitung der Studiengruppe »Ost«, 7/12/1964, in DGAP FI-Studiengruppe »Ost« Vorbereitungen.

⁴⁹ Wilhelm Kewenig (1934–1993), Mitarbeiter vom Prof. Meissner an der Universität Köln, wurde zur Unterstützung der Vorbereitung eingestellt und nahm Kontakt mit den Universitäten, die sich mit Osteuropa beschäftigten, aber auch mit dem Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (ab 1966 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien und ab 2000 in der Stiftung Wissenschaft und Politik integriert) und der politischen Stiftungen, auf. Siehe DGAP – Ordner 483–484, insbesondere den Aktenvermerk »Übersicht über die Vorbereitung der SGII« vom 30.4.1965, wo die Besprechungen und Korrespondenzen aufgelistet werden.

⁵⁰ Z. B. der Göttinger Arbeitskreis, ein zentraler Verein von Osteuropa-Spezialisten.

⁵¹ DGAP – Ordner 482, W. Kewenig, Ergebnisse der Besprechungen zur Vorbereitung der Studiengruppe »Ost«, 7/12/1964, in DGAP FI-Studiengruppe »Ost« Vorbereitungen.

⁵² Zwischen 1965 und 1990 nahm Boris Meissner an 58 (von 84) Sitzungen teil und ist in der Erinnerung der Teilnehmer als kenntnisreicher Ostexperte geblieben (Gespräche mit Karl Kaiser, Hagen Graf Lambsdorff, Eberhard Schulz).

⁵³ 1907–1987, Mitglied der CDU 1957–1976, MdB 1954–1978, Generalbevollmächtigter der Gräfin Anita de Zichy-Thyssen in Deutschland.

»Ost« berufen, da eines der Hauptziele der SGO darin bestand, das »Verständnis für die Problematik [der neuen Ostpolitik] in [die] Parteien hinein[...] [zu] tragen«, ⁵⁴ insbesondere in die CDU, in der der Widerstand am deutlichsten war. Weitere Skeptiker der neuen Ostpolitik wie der Leiter des Ostbüros der SPD, Stephan Thomas, wurden ebenfalls eingeladen. Insgesamt bildete die Zusammensetzung der SGO ein relativ repräsentatives Spektrum der Einstellungen zur osteuropäischen Politik der Bundesrepublik, auch durch die Teilnahme von Deutschbalten sowie Vertriebenen aus der DDR und aus Osteuropa.

Ursprünglich war der Arbeitsplan der Studiengruppe »Ost« stark von der Abgrenzung der konfliktgeladenen Einstellung des Kalten Krieges geprägt; es sollten der sowjetische »Expansionsdrang« und die Hegemonie der Sowjetunion im »sowjetischen Europa« betrachtet werden.⁵⁵ Die Hauptsorge galt der Deutschlandfrage sowie dem »Ostgrenzenkomplex«.⁵⁶ Die Studiengruppe zielte darauf ab, »grundsätzliche Erkenntnisse und Urteile über die Möglichkeiten einer deutschen Ostpolitik zu gewinnen, wobei von den speziellen deutschen Interessen auszugehen ist, wie sie sich aus der Sicht der Bundesregierung darstellen«.⁵⁷ Dabei sollte auch den »Ziele[n] der sowjetischen Außenpolitik« und den »Ziele[n] der Mittel- und Osteuropapolitik der Westmächte« Rechnung getragen werden.⁵⁸ Tatsächlich wurden die Themen schnell von den aktuellen politischen Problemen und Herausforderungen bestimmt, da sich die Organisatoren letztlich eng an der politischen Debatte orientierten und dabei einen Raum für konstruktive Diskussionen und für die Vermittlung von Kenntnissen anbieten wollten. Bis zur Ratifizierung der Ostverträge ging es somit um die Herstellung eines Konsenses für die neue Ostpolitik: »Nicht wie im Bundestag, wo taktisch debattiert wird, in der SGII wurde inhaltlich debattiert. Sehr viele Politiker hatten vom Osten überhaupt keine Ahnung und die haben dabei was gelernt«, ⁵⁹ wie Eberhard Schulz betonte. Er beherrschte mehrere osteuropäische Sprachen und wurde 1965 für die Betreuung der SGO eingestellt. Schulz setzte sich für eine Versöhnung mit den östlichen Nachbarn ein.⁶⁰ In seinen Beiträgen zur Arbeit der SGO erläuterte er u. a. die historischen und politischen Hintergründe der sowjetischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik.

Die Diskussion scheint sehr offen gewesen zu sein, und es wurden vielfältige Vorschläge geäußert, welche die Diskrepanz der Einstellungen in dieser Frage widerspiegeln: Zum einen überlegte ein Teilnehmer, ob ein »Ringtausch«

⁵⁴ E. Schulz, Gespräch mit der Verfasserin am 2. März 2011.

⁵⁵ DGAP – Ordner 483, Wilhelm Cornides, »Entwurf des Arbeitsplanes für die geplante Studiengruppe der DGAP über die Fragen der deutschen Ostpolitik«, 12/04/1964.

⁵⁶ DGAP – Ordner 483, Vermerk – Gespräch mit dem Botschafter Becker, 7/07/1964.

⁵⁷ DGAP – Ordner 483, E. Schulz, Vermerk zu den Zielen der Studiengruppe »Ost«, 24/07/1964.

⁵⁸ DGAP – Ordner 484, Wilhelm Cornides, »Entwurf des Arbeitsplanes für die geplante Studiengruppe für die deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Ländern des Ostens«, Juli 1965.

⁵⁹ Gespräch mit der Verfasserin am 2. März 2011.

⁶⁰ Siehe u.a. Schulz, Eberhard: An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei: Provozierende Thesen zur deutsche Frage. Hamburg 1967, S. 271.

der Gebiete möglich wäre, bei dem die »wiedergewonnene Gebiete« im westlichen Teil Polens an »Deutschland« angeschlossen werden könnten, wofür Polen im Gegenzug Kaliningrad von der Sowjetunion erhalten sollte.⁶¹ Diese Äußerung wurde von weiteren Teilnehmern kritisiert, die sich dann bemühten, die »Illusionen« in der Verhandlung über die Oder-Neiße-Grenze zu beseitigen und dafür historische und militärische Argumente benutzten.

Dies zeigt den Stellenwert solcher Gesprächsmöglichkeit, »in der man Ideen, Gedanken, Fragen nicht zitierfähig austauschen konnte und zu einer Veränderung des Denkens mitbeitragen konnte«.⁶² Damit bildete diese Studiengruppe einen von der Öffentlichkeit – und somit von der üblichen Instrumentalisierung – geschützten Dialograum, in dem Überlegungen überparteilich ausgesprochen werden konnten. So konnte in der Bundesrepublik auch ein Dialog zwischen unterschiedlichen und sich bekämpfenden Positionen erreicht werden. Das zitierte Beispiel des Vorschlages und der Antwort zeugt von der Komplexität, die innerhalb der westdeutschen Gesellschaft vorhanden war, wenn es um die Beziehungen zu Osteuropa ging. Die Komplexität spiegelte sich auch in der Studiengruppe wider, da viele Deutsche biographisch noch direkt an diesen Raum gebunden waren. Der Heimatverlust oder die Kriegserfahrungen, welche die Teilnehmer in Osteuropa erlebt hatten, wirkten auf verschiedene Weise auf ihre Einstellung zur Grenzverschiebung, Teilung und zum Kommunismus, und sie prägten diese Spezifität der Diskussion um die sowjetische Außenpolitik in der Bundesrepublik.

Die Diskussionen in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik wurden aber durch an Empathie und Versöhnung orientierten Männern wie Wilhelm Cornides und später Eberhard Schulz geprägt, die das Verständnis der Bedrohungsvorstellungen der Sowjetunion vorstellten, um eine Akzeptanz der Erneuerung der deutschen Ostpolitik bei deren Gegnern herzustellen. Diese bestand u. a. darin, eine Kooperation mit der Sowjetunion als Basis der westdeutschen Ostpolitik zu bilden. Sie standen dazu im Dialog mit anderen Westdeutschen, die dem »Ostblock« zutiefst misstrauisch gegenüberstanden. Die Studiengruppe folgte dem Modell der ersten Studiengruppe »Sicherheit«, indem die Diskussion von einem Fragenkatalog gestaltet werden sollte und die Gruppe aus Experten und Politiker bestand. Gleichzeitig wies sie aber auch einige Besonderheiten auf: Zunächst wurden keine ausländischen Experten eingeladen.⁶³ Zudem waren die Niederschriften der Diskussionen

⁶¹ DGAP – Ordner 478, Niederschrift der SGO »Oder-Neiße Grenze und deutsch-polnische Beziehungen«, Sitzung des 17/04/1967.

⁶² E. Bahr, Gespräch am 6. April 2011.

⁶³ Mit der Ausnahme des Vortrages Ryszard Wojnas, eines polnischen Publizisten am 25.5.1981 und der gemeinsamen Sitzung mit französischen Experten am 29.11.1982. Es gab Besuche von sowjetischen Referenten in der DGAP, die aber nicht in die SGO eingeladen wurden oder auch dort durch Berichte erwähnt wurden. Zu den Vorträgen, siehe DGAP – Ordner 375; Vortrag zur sowjetischen Außenpolitik von Herrn Sidorow, Botschafter der UdSSR am 13.10.1969, Vortrag von Herrn Kirillin aus dem sowjetischen Außenministerium am 30.04.1969 und ab 1973 die Jahresberichte des Forschungsinstituts der DGAP.

anonym.⁶⁴ Damit wurde die Frage der Ostpolitik ausschließlich »intern« diskutiert. Es war immer ein Vertreter des Auswärtigen Amtes anwesend, der auch die Gruppe direkt über die Tätigkeit der westdeutschen Diplomatie informierte. In dieser Zeit, in der die Bundesregierung im Gespräch mit der Sowjetunion war, kamen u. a. die Botschafter Egon Bahr und Ulrich Sahm, um darüber zu berichten.⁶⁵ Somit war die Studiengruppe »Ost« auch ein Ort der offiziellen Vermittlung in Fragen der Ostpolitik geworden.

Diese Diskussionsarbeit war für diese Verträge besonders wichtig, da »der Text des [Moskauer] Vertrages [...] in vieler Hinsicht unklar formuliert zu sein [schien], so daß es nicht wunder nahm, daß er von beiden Seiten verschieden interpretiert wurde«,⁶⁶ tadelte Kurt Birrenbach. In der Tat ging es um die Mehrdeutigkeit der Bezeichnung der Grenzen: In den deutschen Texten wurde das Adjektiv »unverletzlich« verwendet, das im Russischen normalerweise mit »неприкосновенные« übersetzt wird. Dies impliziert, dass die Grenzen friedlich verändert werden könnten. Im russischen Text stand hingegen »нерушимые«, was unantastbar bedeutet und keine Änderung der Grenze zulässt.⁶⁷ Ein Grundvorwurf der Opposition an diesem Text lag also in dieser Vertragsunsicherheit. In diesem Zusammenhang waren Gesprächsmöglichkeiten wie diejenigen in der Studiengruppe »Ost« wichtig für die interne westdeutsche Diskussion, auch wenn diese damit nicht von einer parteipolitischen Instrumentalisierung dieser Problematik abgeschirmt war.

Ergänzend zu dieser internen Gesprächsmöglichkeit entwickelte die DGAP bilaterale Unterredungen mit vergleichbaren Institutionen im »Ostblock«, besonders mit Polen (mit dem *Polski Instytut Spraw Międzynarodowych; PiSM*)⁶⁸ und mit der Sowjetunion (mit dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen).

⁶⁴ Dieses Format wurde von Anfang an gewählt, um eine freie Wortmeldung zu sichern, da die Thematik sehr aufgeladen war. Auch nach der Ratifizierung der Ostverträge gab es Versuche, dies zu verändern, dies wurde aber von den regelmäßigen Teilnehmern nicht akzeptiert.

⁶⁵ Sitzungen der Studiengruppe an den 12.1 und 18.02.1969. Erneut am 4.5.1970 kam ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, Herr Blumenfeld, um über die »deutsch-sowjetische Sondierungen« zu berichten.

⁶⁶ Birrenbach, Kurt: *Meine Sondermissionen*. Düsseldorf 1984, S. 312. Er fügt noch hinzu: »– eine Tatsache, die im Verhältnis zu einer so expansiven Macht wie der Sowjetunion besonders bedenklich ist«.

⁶⁷ Siehe die Analyse von Jean Christophe Romer, *Détente et Rideau de fer*, Paris 1995. Die deutsche Version des Moskauer Vertrages in: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373214/publicationFile/3831/MoskauerVertragText.pdf>

⁶⁸ Das Polnische Institut für Auswärtige Angelegenheiten, in 1947 in Polen gegründet, ursprünglich nach dem Modell des britischen Chatham House. Aber es wurde schnell unter strenge politische Kontrolle gestellt und diente somit als paraoffizieller Gesprächskanal des polnischen Außenpolitik. Es wurde 1993 aufgelöst und 1996 neugegründet und funktioniert jetzt als Think tank (<http://www.pism.pl>). Zur Geschichte des PISM siehe Grzegorz Sołtysiak, »Historia Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych w latach 1947–1993 – pierwsze przybliżenie«, in: *Polski Przegląd Dyplomatyczny* 2/2008, S. 93–124.

4. Erweiterung des Gespräches gen Osten: die zögernde Kontaktaufnahme mit dem IMEMO (1962–1972)

Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen wurde 1956 (wieder) gegründet, auf der Basis des Instituts für Internationale Wirtschaft und Politik, das 1947 geschlossen worden war.⁶⁹ Das Institut sollte die Rolle der Sowjetunion als Weltmacht intellektuell begleiten: zunächst als wissenschaftliche Basis des offiziellen Diskurses und später – unter Leonid Breschnew – als Ort, an dem Alternativen in der Außenpolitik in einen kontrollierten Rahmen »getestet« werden konnten.⁷⁰ Die ersten Beziehungen mit der DGAP wurden, wie erwähnt, schon 1961 aufgenommen; nach dem Besuch von Curt Gasteyger im IMEMO schrieb Hans-Adolf Jacobsen⁷¹ an das Institut, um einen Austausch von Publikationen vorzuschlagen. Das IMEMO erhielt ab 1962 das *Europa-Archiv* und von der DGAP *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen* (Мировая экономика и международные отношения, MEMO). Dennoch kam es zunächst nicht zu weiteren Kontakten.⁷² Erst mit der Erneuerung der Diskussion um die Ostpolitik nahm Wolfgang Wagner wieder Kontakt mit dem IMEMO auf. Er schlug erneut einen wissenschaftlichen Austausch vor.⁷³ Gebhardt von Walther,⁷⁴ der inzwischen die Führung der DGAP übernommen hatte, fuhr Oktober 1968 nach Moskau und vereinbarte einen wissenschaftlichen Austausch, der schließlich 1971 erstmals in Bonn stattfand, unter der Leitung von Karl Carstens⁷⁵ für die westdeutsche Seite und Nikolai Inozemsev⁷⁶ für die sowjetische. Das Thema dieses ersten gemeinsamen Symposiums war die europäische Sicherheit; dazu kamen sowjetische Experten aus dem IMEMO ins Gespräch mit westdeutschen Experten und Politikern.⁷⁷

⁶⁹ Петр Черкасов, ИМЭМО. Портрет на фоне эпохи [Piotr Tscherkasov, IMEMO. Portrait im zeitgenössischen Hintergrund], Moskau 2004.

⁷⁰ Romer, Jean-Christophe: Les institutichiks et l'élaboration de la politique de défense, Matériaux pour l'histoire de notre temps. 29/1992, S. 33–37.

⁷¹ Interessanterweise führte er die Korrespondenz in deutscher Sprache, auch wenn er ein paar Jahre früher die russische Sprache in der Gefangenschaft gelernt hatte.

⁷² DGAP – Ordner 503, Korrespondenz mit dem IMEMO, zwischen Hans-Adolf Jacobsen und Arsumanjan, 1961–1962.

⁷³ DGAP – Ordner 503, Korrespondenz mit dem IMEMO, die sowjetische Botschaft und das Auswärtige Amt, 1967–1970.

⁷⁴ 1902–1982, Diplomat, der u. a. in der Botschaft in Moskau 1936–1941 tätig war. Er trat 1951 erneut in den Diplomatischen Dienst ein, war von 1966 bis 1968 Botschafter der Bundesrepublik in der UdSSR und ab 1968 Geschäftsführender Stellvertretender Präsident der DGAP.

⁷⁵ CDU; 1960 bis 1966 war er Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in der Zeit der Großen Koalition von Dezember 1966 bis 1968 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Von 1968 bis 1969 war er dann als Staatssekretär Chef des Bundeskanzleramtes bei Bundeskanzler Kiesinger. 1970 bis 1972 Leiter des Forschungsinstitut der DGAP, 1976 bis 1979 Präsident des Deutschen Bundestages und von 1979 bis 1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

⁷⁶ Николай Николаевич Иноземцев, 1921–1982, Leiter des IMEMO, Politikwissenschaftler, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berater von Breschnew.

⁷⁷ U. a. Kurt Mattick (1908–1986) SPD-Politiker, Klaus Ritter (*1918) Direktor der SWP von 1962–1988; Johann Adolf Graf von Kielmansegg (1906–2006), ab 1926 Offizier, im Zweiten Weltkrieg Teilnahme am »Ostfeldzug«, im Zusammenhang mit dem Attentat gegen Hitler am

Nach dem Bericht eines Teilnehmers aus dem Auswärtigen Amt⁷⁸ wurde die Tagung in einer sehr »freundlichen« und »aufgelockerten Atmosphäre« veranstaltet. In diesem Austausch ging es offenbar nicht darum, neue Informationen zu sammeln; vielmehr sollte vor allem die Einstellung der sowjetischen Teilnehmer sondiert werden. Das Ergebnis dieser Beobachtung war, dass »die sowjetische[n] Partner« »hervorragend vorbereitet« waren, zum Teil »erstaunliche Detailkenntnis der deutschen Militärliteratur« besaßen und ein »intensives Interesse [an] Deutschland und seinen Problemen entgegenbrachten«. Es gab zwar »kaum grundlegend neue Erkenntnisse vom hohem Interesse war [jedoch] die Auswahl der Argumente, die die sowjetischen Teilnehmer vorbrachten [...]«. Schliesslich ließ ihre Argumentation häufig recht deutlich erkennen, wie die sowjetische Politik faktisch zu operieren gedenkt.« Damit haben diese Gespräche nicht die bilateralen Beziehungen verändert, aber diese durch eine Erweiterung der Austauschgelegenheiten intensiviert. Ferner konnten Akteure, die eine wichtige Rolle in der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik sowohl in der Publizistik als in der Politik spielten, sich regelmäßig direkt mit sowjetischen Experten auszutauschen. Auch wenn diese Gespräche nicht frei von politischer Kontrolle waren, fanden sie in einer besseren intellektuell-konstruktiven Atmosphäre als erwartet statt. Dies brachte eine neue Qualität der Sicherheitskultur hervor, die nicht nur durch Berichte von einzelnen Korrespondenten geprägt war, sondern auch durch Gespräche mit deutsch sprechenden sowjetischen Intellektuellen.

Über das nächste Treffen in Moskau schrieb Johann Adolf Graf Kielmansegg einen Bericht,⁷⁹ in dem er die Diskussionen zwischen ihm, einem ehemaligen NATO-General und ehemaligen Wehrmachtoffizier, und einem sowjetischen Sicherheitsexperten, Daniil Proektor, Gruppenleiter für europäischen Sicherheitsfragen, darstellte. In diesem Gespräch tauschten sie sich über die militärische Integration in den beiden Blöcken und über die jeweiligen Bedrohungsvorstellungen aus. Proektor bezeichnete die Sicherheitslage der Sowjetunion als »eingekreist« (in Europa und Asien von amerikanischen Waffen): »Wir haben jetzt was Sie früher hatten, eine Zweifrontenbedrohung.« Diese Gespräche in kleineren Kreisen wurden in einer relativen offenen und konstruktiven Diskussion geführt, wie Kielmansegg berichtete.

Die Frage nach dem juristischen Wert der deutschen Grenze tauchte auch auf; zunächst fragte Inozemsev nach dem westdeutschen Verständnis der An-

20.04.1944 verhaftet, danach in Kriegsgefangenschaft. Nach dem Krieg ab 1955 erster Nationaler Militärischer Repräsentant der Bundesrepublik beim NATO-Oberbefehlshaber Europa (SACEUR), Eintritt in der Bundeswehr, 1961 Generalmajor, 1968 Dienstzeitende, 1971 Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung. Zitiert nach Feldmeyer, Karl, Meyer, Georg: Johann Adolf Kielmansegg 1906-2006 Deutscher Patriot, Europäer, Atlantiker, Hamburg, 2007, S. 235.

⁷⁸ PA-AA, B41, 82.83, Vermerk über das Symposium der DGAP mit Teilnehmern aus der Sowjetunion am 27. und 28. Oktober 1971, 2.11.1971, S. 15.

⁷⁹ DGAP – Ordner 503, Johann Adolf Graf Kielmansegg: »Symposium zwischen dem IMEMO und der DGAP vom 24–26/10/1972«, S. 25, und »Persönliche Gespräche im IMEMO am 26/10/1972 nachmittags«, S. 5. Beide Januar 1973.

erkennung des Status quo, worauf Klaus Ritter⁸⁰ antwortete, dass die Grenzfrage auf dem Moskauer Vertrag und den Vier-Mächte-Rechten beruhte. Er erklärte aber, dass es aus (west)deutscher Sicht in diesen Hinsicht auch »Entwicklungen« geben könnte. Eberhard Schulz antwortete auf Nachfrage, dass das »Offenhalten der Entwicklung« der Grenze auch als »qualitative Veränderung von Grenzen« verstanden werden könnte, wie es in der westeuropäischen Integration der Fall sei, wo die Grenzen an Bedeutung verloren hatten. So könne auch der Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR verstanden werden.

Diese Treffen fanden regelmäßig ab 1971 in Bonn und Moskau abwechselnd statt. Sie ermöglichten ein Sich-Kennenlernen von Menschen, die auf beiden Seiten nah an der Macht waren, die sich der gegenseitigen Sicherheitsvorstellungen bewusst wurden und somit den Einfluss der bisher dominierenden »Entzifferung« des sowjetischen Diskurses und die damit verbundenen Fantasien abschwächten.

Davon wurde in der Studiengruppe »Ost« berichtet; aber es gab kaum Überschneidungen zwischen den Teilnehmern. Man wollte die »Kalten Krieger« nicht ins Gespräch mit den sowjetischen Intellektuellen bringen.⁸¹ Andererseits war es unproblematisch, in diesem Rahmen manche umstrittene politische Persönlichkeiten mitzubringen; u. a. Abgeordnete aus Westberlin, ehemalige Wehrmachtsoffiziere und Vertreter des BIOst – im Gegensatz zu den offiziellen Treffen.⁸² Dies zeugte von der Gesprächsbereitschaft der sowjetischen Seite und deren Interesse an diesem Austausch mit den Westdeutschen.⁸³

5. Die bilateralen Gespräche: von der Normalisierung zur Verfestigung (1972-1990)

Der Austausch über Sicherheitsfragen blieb nach dem Tode von Inozemsev 1982, der die Gespräche auf sowjetischer Seite besonders gefördert hatte, erhalten und wurde auch nicht durch die sowjetisch-amerikanischen Spannungen aufgehalten. Nach den ersten Treffen trat im Gegenteil eine Normalisierung der persönlichen Beziehungen ein. Um das Interesse beider Seiten an diesem Austausch zu bewahren, wollten Karl Kaiser und Eberhard Schulz ebenso wie in anderen bilateralen

⁸⁰ Am 18.09.1918 geboren, Doktor in Jura und Philosophie, im Bundesnachrichtendienst, bevor er zur Gründung der Stiftung Wissenschaft und Politik 1962 beitrug, die er lange Zeit führte.

⁸¹ Karl Kaiser, Gespräch mit der Verfasserin am 23.4.2012. In der Tat waren von den in der SGO vertretenen Kritikern der Ostpolitik nur die Gemäßigten eingeladen zu den IMEMO-DGAP Symposien eingeladen worden, wie Alois Mertes.

⁸² DGAP – Ordner 481. Zum Beispiel wurde 1987 einer westdeutschen parlamentarischen Gruppe der Besuch in der Sowjetunion verweigert, weil ein Abgeordneter aus West-Berlin kam. Dies verhinderte wenig später ein DGAP-IMEMU-Symposium in Moskau mit einem Berliner Abgeordneten. Darüber wurde in der Sitzung der SGO am 20.11.1987 diskutiert.

⁸³ Gespräch mit Alexander Kokeev Mitarbeiter des IMEMO, der das Symposium auf sowjetischer Seite mitorganisierte, am 4.04.2012.

Foren⁸⁴ den Gesprächskreis auf der sowjetischen Seite erweitern nun Teilnehmer außerhalb des IMEMO. Somit sollte der Prozess des gegenseitigen Kennenlernens auch weitere Kreise des politischen Lebens erreichen. Dieses Streben blieb lange ohne Erfolg⁸⁵; aber die Mitarbeiter des IMEMO haben sich bemüht, außerhalb des Symposiums Treffen zwischen den westdeutschen Gästen und verschiedenen sowjetischen Persönlichkeiten sowie Ausflüge in weitere Städte der Sowjetunion zu organisieren.⁸⁶ 1984 erweiterte sich schließlich der sowjetische Kreis um Teilnehmer aus den USA und des Kanada-Institutes,⁸⁷ und erst 1989 wurde das erste Gesprächsforum BRD-UdSSR in Bonn mit Teilnehmern aus Kirche und verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen organisiert.⁸⁸ Das Gremium erwies sich aber als kurzlebig, da sich die UdSSR zwei Jahre später auflöste.

Parallel dazu gewannen in der Studiengruppe »Ost« die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion mehr Gewicht. Die Sicherheitsdiskussion erweiterte sich um Fragen der Verschuldung und gewann damit eine neue Qualität. Man brachte auch neue Themen mit weiteren Teilnehmern in die Diskussion ein, wie zum Beispiel die Frage der deutschen Minderheiten im »Ostblock«, und beteiligte daran auch Vertriebenenpolitiker.⁸⁹ Die Spannungen in den bilateralen Beziehungen wurden zwar noch stark empfunden; nun entstanden sie aber aufgrund der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und nicht wie früher hauptsächlich aus der Sicherheitsfrage, wo die Kraftverhältnisse unterschiedlicher waren. Ein Beispiel dafür war die Darstellung durch einen Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums von der gegenseitigen Abhängigkeit der Bundesrepublik und der Sowjetunion durch die sogenannten »Ostkredite«, die einerseits als Unterstützung des sowjetischen Systems stark kritisiert wurden, andererseits aber Absatzmöglichkeiten für westdeutsche Unternehmen ermöglichten.⁹⁰

⁸⁴ So die Erweiterung der westdeutsche-polnische Gespräche zwischen der DGAP und dem PISM aus Warschau mit der Gründung von bilateralen Foren um Teilnehmer aus den religiösen Organisationen; <http://www.deutsches-polen-institut.de/Projekte/DPForum/DPForum13/ForumGeschichte.php>

⁸⁵ DGAP – Ordner 549, Vermerk vom 13.03.1978, von E. Schulz über ein Gespräch mit Forschern des BIOst, die von einem Forschungsaufenthalt in Moskau zurückkamen und auf die »Spezialisierung« der sowjetischen Institutionen auf jeweils einen westdeutschen Partner hinweisen. Siehe auch die Korrespondenz mit dem IMEMO in 1979, wo vorgeschlagen wurde, Teilnehmer aus anderen Institutionen einzuladen, mit der Absage des IMEMO.

⁸⁶ Zum Beispiel wurde am Rande des Symposiums von 1975 ein Ausflug nach Samarkand organisiert und zur Stadt Akademgorod für einige Teilnehmer. 1979 wurde eine Gruppenreise nach Taschkent organisiert, während einige Teilnehmer nach Leningrad flogen. 1984 wurde ein Besuch im frisch gegründeten Institut für Außenländer der ukrainischen SSR in Kiew am 15.-16.4.1984 organisiert. Für die sowjetischen Gäste wurden auch Austausche mit anderen westdeutschen Institutionen organisiert.

⁸⁷ Dieses Institut wurde als Abteilung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften 1967 gegründet und diente ähnlich wie das IMEMO zur Unterstützung der offiziellen sowjetischen Außenpolitik, mit einer Spezialisierung auf Nordamerika.

⁸⁸ Siehe Anhang.

⁸⁹ DGAP – Ordner 495, Sitzung der SGO, am 26.11.1984, »Ziele und Grenzen der Deutschlandpolitik der Bundesregierung«.

⁹⁰ DGAP – Ordner 495, Sitzung der SGO, am 16.03.1981, »Stand der westlichen Überlegungen über Ostkredite«.

Die Kultur des Misstrauens wurde durch die Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch relativiert: Die Studiengruppe »Ost« und die bilateralen Symposien mit dem IMEMO begleiteten die Erneuerung der westdeutschen Sicherheitsvorstellung und trugen zu diesem Prozess bei, indem sie eine konstruktive Begegnung von Führungspersonen mit unterschiedlichen, oft sogar konträren Positionen und Einstellungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft herbeiführten. Gespräche zwischen westdeutschen und sowjetischen Experten ermöglichten schließlich eine langfristige Verfestigung der in den sechziger Jahren neu entstandenen kooperativen Sicherheitsvorstellungen.⁹¹ Dabei wird nochmals die Überschreitung der verschiedenen Perioden in der klassischen politischen Chronologie deutlich, verkörpert durch die Teilnehmer der Diskussionen,⁹² deren unterschiedliche Erfahrungen ihre Sicherheitsvorstellungen prägten. Diese Überschneidung wird umso deutlicher, wenn sie mit der Tätigkeit der DGAP in den deutsch-polnischen Beziehungen verglichen wird. In den beiden bilateralen Kontakten prägten die verschiedenen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg die Sicherheitswahrnehmungen, und sie bildeten weitere Herausforderungen beim Aufbau des Vertrauens zwischen diesen Völkern.

Anhang:

1. DGAP-IMEMO Symposien (1971–1989):

1. Gesprächsforum BRD-UdSSR: Wege zu einem künftigen Europa: Politische und Militärische Aspekte der europäischen Sicherheit, Zukunft der Ökonomischen Zusammenarbeit, Fragen der Lebensqualität in Europa
5.-7. März 1989 – Bonn

Deutsche Teilnehmer: Adomeit, H.; Anweiler, O.; von Bismarck, K.; Bruns, W.; Calließ, J.; Christians, W.; Conrad, B.; Danylow, P.; Dregger, A.; Erler, G.; Fink, K.-H.; Fischer, J.; Fleischhauer, I.; Geiger, M.; Gerstenmaier, C.; Gonschior, P.; Gottstein, K.; Henle, P.; Horzetzky, G.; Jacobsen, H.-A.; Jahn, E.; Kaiser, K.; Kielinger, T.; Kristoffersen, E.; Laermann, H.; Graf Lambsdorff, O.; Lamers, K.; Lebahn, A.; Machowski, H.; Mehrens, K.; Pawelczyk, A.; Pfeiler, W.; Royen, C.; Rühe, V.; Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, B.; Schily, O.; Schulz, E.; Schwarz, H.-P.; Sperling, D.; Straetling, E.; Thelen, F.; Thies, J.; Tiedtle, J.; Vogel, H.-J.; Vogel, H.; Voigt, K.; Wegener, R.; Wolf von Amerongen, O.

⁹¹ Zum Beispiel trugen diese regelmäßigen Treffen zum besseren Verständnis der Diskussionen innerhalb der Sowjetunion während der Perestroika bei, die auch Gegenstand der Gespräche wurde, wie Karl Kaiser es deutet. Brief an die Verfasserin, 19.12.2012.

⁹² Einige westdeutsche und sowjetische Teilnehmer, die sich im Zweiten Weltkrieg gegenüberstanden, saßen an einen Tisch, um über europäische Sicherheit zu diskutieren, während in der Studiengruppe Vertriebene mit der Nachkriegsgeneration diskutierten.

*Sowjetische Teilnehmer*⁹³: Abalkin L. I., Abdraschitow W. J. (GosKino), Baklanow G. J. (*Snamja*), Baschtanjuk G. S. (ZK KPdSU), Baranowskij W. G., Bykov O. N., Dawydow, J. D., Faminskij I. P. (Institut für Außenwirtschaft), Gussew A. A. (Kursker Naturschutzgebiet), Judanov J., Kondraschow S. W. (*Iswestija*), Lewschow K. W. (SowInterInwest), Lagidse H. I. (KP Georgien), Markarjan R. W., Nagowizin A., Portugalow N. S. (ZK KPdSU), Primakow E. M. (ZK KPdSU), Proektor D. M., Schenajev W.N. (Gen a.D), Schmeljow N. P., Schurkin W. W., Schtykow W. A., Sidorow N. A. (Freundschaftsgesellschaft UdSSR-BRD), Silin E. K. (Sowjetisches Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Vater Tichon (Spaso Danilov Kloster), Wacht W. A. (Präsidium des Obersten Sowjets der Estnischen SSR), Wassiljew W. A. (Sowjetische Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Wosnesenskij L. A. (Ministerat der UdSSR), Kwinzinskij J. A. (Botschaft der UdSSR in der BRD), Jelisarew G. I. (Botschaft der UdSSR in der BRD), Kurnikow W. I. (Botschaft der UdSSR in der BRD), Boguschewskij A. A. (Botschaft der UdSSR in der BRD), Walewitsch L. W. (Botschaft der UdSSR in der BRD).

Symposien:

(Diese Liste wurde aufgrund des Archivs der DGAP erstellt und könnte lückenhaft sein.)

Datum – Ort – Themen	Teilnehmer DGAP	Teilnehmer IMEMO ⁹⁴
9.–12.4.1984 in Moskau • Das politische Umfeld: Die Ursachen der bestehenden Spannungen • Vertrauensbildung: die politische Voraussetzungen und die Aussichten für die Stockholmer Konferenz • Probleme der Rüstungskontrolle • Lockerung der Ost-West-Spannungen im bi- und multilateralen Rahmen	Adomeit H. (SWP), Fink K.-H. (OADW), Kaiser K. (DGAP), Klein H. (DGAP), Leber G. (BMVg), Machowski H. (DIW), Ritter K (SWP), Schwarz H-P. (Prof.), Stürmer M (Prof.).	Bogdanov R., Bykov O. N., Gantmann W. I., Ivanov I., Judanov J., Kischilov N., Kokejew A., Maksimowa M. N., Melamid D. E., Pankov W., Perenosov W., Proektor D. M., Rasmerov W., Sabarko B., Schenajev W.N. (Gen a.D), Schurkin W. W., Sokolsky S., Yakovlev A.

⁹³ Alle Teilnehmer sind Mitarbeiter des IMEMO, wenn keine weiteren Angaben.

⁹⁴ Die russischen Namen wurden nach der Schreibweise aufgeführt, die in den Berichten zu finden ist, und nach der deutschen Transkription vereinheitlicht, wenn verschiedene Versionen der Namen zu finden waren (zum Beispiel wurde Frau Maksimowa auch unter »Maximowa« registriert oder Herr Kokejew unter »Kokeev«.).

2.–3.6.1981 in Bonn • Stand der weltweiten Ost-West-Beziehungen • Militärische Sicherheit und Chancen von Vereinbarung zur Rüstungsbegrenzung und Vertrauensbildung in Europa • Fragen der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit • Hindernisse für die Entspannung	Arnot A. (AA), Blumenfeld A. (DGAP), Fels G. (Prof.), Graf Lambsdorff H. (BPA), Held R. (FAZ), Hubel H. (DGAP), Jacobsen, H.-A. (Prof.), Jahnke J. (BMW), Kaiser K. (DGAP), Mertes A. (BdT), Ritter K. (SWP), Ruehl L. (BR), Ruth F. (AA), Schäfer H. (BdT), Schulz E. (DGAP), Steves K. (OADW), Stütze W. (BMVg), Vogel H. (BIOst), Voigt K. (BdT), Von der Heydt P. (BdT) Wolf von Amerongen O.	Anickin O., Belcuk A., Bovin A., Fedorov V., Gromyko A. A., Inozemsev N. N., Kokejew A., Proektor D. M.
12.–21.3.1979 in Moskau • Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR • MBFR und Grauzonenwaffen, SALT • Entspannungspolitik • Probleme der Weltwirtschaft	Füllenbach J. (DGAP), Kaiser K. (DGAP), Mertes A. (BdT), Nerlich U. (SWP), Pawelczyk A. (BdT), Ritter K. (SWP), Schulz E. (DGAP), Trebesch H. (DGAP), Vizeadmiral a.D.), Vogel H. (BIOst).	Belischuk A., Bykov O. N., Gantmann W. I., Inozemsev N. N., Kischilow N., Kokejew A., Koroljow I., Kostko J. A., Maximova M. N., Nikonow A., Proektor D. M., Razmerow W., Schenajev W.N. (Gen a.D.), Siborowa M.
9.–11.5.1977 in Bonn • Zwischen Helsinki und Belgrad • Wirtschaftliche Beziehungen zwischen der EG und dem RGW und zwischen der BRD und der UdSSR, • Internationale Sicherheit (Rüstungskontrolle)	Kielmansegg J.A. (Gen. a.D.), Kaiser K. (DGAP), Graf von Baudissin, W. (Prof.), Fink, H.-J. (DGAP), Friedrich P.J. (DGAP), Füllenbach, J. (DGAP), Hager, W. (DGAP), Klein F.-J. (DGAP), Nerlich, U. (SWP), Ritter, K. (SWP), Schulz, E. (DGAP), Vogel, H. (BIOst), Volle, H. (DGAP), von Walther, G. (DGAP).	Beltschuk A. I., Bykov O. N., Kokejew A., Kostko, J., Schenajev W.N. (Gen a.D).

20.–21.11.1975 in Moskau • Fünf Jahre Moskauer Vertrag • Wege zur weiteren Entwicklung der politischen Zusammenarbeit UdSSR-BRD als Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa • Sowjetisch-westdeutsche ökonomische Beziehungen im Zusammenhang mit den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Prozessen.	Kaiser K. (DGAP), Kielmansegg J. A. (Gen. a.D.), Kloten, N. (Prof.), Mattick (BdT), Narjes K.-H. (BdT), Ritter K. (SWP), Schulz E. (DGAP), von Walther G. (DGAP).	Beltschuk A. I., Bykov O. N., Gantmann W. I., Inozemsev N. N., Jakubovsky, Kostko J. A., Martinow W.A., Maximova M. N., Melamid D. E., Proektor D. M., Schenajev W.N. (Gen a.D), Sladkevitsch M. I., Tarabajew P. D.
24.–26.10.1972 in Moskau: • Europäische Sicherheit • Wirtschaftliche Zusammenarbeit.	Carsten K. (DGAP), Kielmansegg J. A. (Gen. a.D.), Kloten, N., Mattick K. (BdT), Ritter K. (SWP), Schulz E. (DGAP), Von Walther, G. (DGAP).	Beltschuk A. I., Inozemsev N. N., Kostko J. A., Kotow, Kulisch, Maximova M. N., Melamid D. E., Primakow, Proektor D. M., Rachmaninow, Rasmerow W., Salkowski Schenajev W.N. (Gen a.D), Tomaschewskij D. G., Siborowa M.
26.–28.10.1971 in Bonn: • KSZE und MBFR • Konkrete Möglichkeiten einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion • Zusammenarbeit DGAP-IMEMO	Carsten K. (DGAP), Dönhoff M., (Zeit), Jacobsen, H-A. (Prof.), Kielmansegg J. A. (Gen. a.D.), Mattick K. (BdT), Mommer K. (BdT), Ritter K. (SWP), Scheuner U. (Prof.), Schulz E. (DGAP), Stabreit I. (AA), Volle H. (DGAP), von Walther G. (DGAP).	Inozemsev N. N., Kotow W. N., Proektor D. M., Tomaschewskij D. G., Tschugunow J. W.

2. Studiengruppe »Ost«:

2.1 Allgemeine Chronologie (1965–1990)

- 1964–1965: Vorbereitung, erste Sitzung: 16.12.1965.
- 1965–1978: Vorsitz: Kurt Birrenbach.
- 1974: Umbenennung : »SG Ost-West Beziehungen in Europa«.
- 1978–1981: Vorsitz: Richard von Weizsäcker.
- 1978: Umbenennung: SG Ost-West Beziehungen.
- 1981–1985: Vorsitz: Alois Mertes.
- 1985–1990: Vorsitz: Hans Stercken.
- Wissenschaftliche Betreuung: Eberhard Schulz 1965–1991.

2.2 Auswahl von Tagungsthemen der Studiengruppe »Ost« über die Sowjetunion:

- 16.12.1965: Disposition für die Erörterung der Ziele und Tendenzen der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik.
- 09.05.1966: Die Behandlung der BRD auf dem Moskauer Parteikongress
- 22.01.1968: Das Verhältnis der Supermächte im Zeichen der Entspannung
- 18.02.1969: Stand der deutsch-sowjetischen Gespräche
- 12.05.1969: Stand der deutsch-sowjetischen Gespräche
- 29.03.1971: Konsularverhandlungen zwischen der BRD und der Sowjetunion
- 14.10.1974: Amerikanisch-sowjetischer Bilateralismus und die Ostbeziehungen der Neun
- 16.12.1974: Wirtschaftliche Kooperation zwischen den Neun und der Sowjetunion
- 08.12.1975: Bericht über die Moskaureise von E. Schulz
- 20.07.1977: Bericht über den Genscher-Besuch in Moskau
- 21.04.1980: Kurswechsel in der sowjetischen Außenpolitik?
- 04.10.1982: Western policy vis-à-vis the Soviet Union
- 06.06.1983: Stand und weitere Aussichten der deutsch-sowjetischen Beziehungen
- 04.02.1985: Politische Aufgaben und Möglichkeiten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Treffen Shultz-Gromyko
- 21./04.1985: Die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten im Zeichen der Modernisierungsbestrebungen Gorbatschows
- 04.05.1987: Die Reformpolitik Gorbatschows und ihre Konsequenzen für die Deutschen
- 20.11.1987: Die Außenpolitik der Sowjetunion vor dem Hintergrund der innersowjetischen Entwicklung
- 14.11.1988: Die Lage der Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion
- 20.02.1989: Das Verhältnis der europäischen kommunistischen Parteien zur Sowjetunion

- 29.05.1989: Die Entwicklung in der UdSSR und ihre Bedeutung für die Europäische Gemeinschaft
- 07.05.1990: Das Interesse der UdSSR an der deutschen Wirtschaft